



19.12.2014 | Nr. 643/14

Nach der Lockerung des Kooperationsverbots muss die Landesregierung den Hochschulen die Bundesmittel auch geben

Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Volker Dornquast, hat die heutige (19. Dezember 2014) Entscheidung des Bundesrates, das Kooperationsverbot bei Hochschulen zu lockern, begrüßt.

„Somit kann der Bund künftig überregionale Projekte der Hochschulen dauerhaft finanziell unterstützen. Jetzt muss die Landesregierung auch dafür sorgen, dass die finanziellen Mittel des Bundes bei den Hochschulen ankommen“, forderte der CDU-Hochschulexperte heute in Kiel.

„Nach dem von SPD, Grünen und SSW verursachten Desaster mit den BAföG-Millionen, von denen die Hochschulen keinen Cent gesehen haben, kann es für die Landesregierung nur diese eine Konsequenz geben. Sie müssen den Hochschulen das Geld zur Verfügung stellen. Sonst wird es sich der Bund drei Mal überlegen, ob er weiterhin Mittel nach Schleswig-Holstein vergibt. Und für die Studierenden in Schleswig-Holstein würde es noch schwerer, einem geregelten Studium nachzugehen“, so Dornquast.